



---

---

## **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

### **47. Sitzung (öffentlich)**

25. Juni 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:45 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Marion Schmieder

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **1 Masernerkrankungen verhindern, Aufklärung und Impfschutz für alle Generationen verbessern!**

7

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/4583

#### **– Öffentliche Anhörung –**

Die Sachverständigen beantworten Fragen der Ausschussmitglieder. Die Wortbeiträge der Sachverständigen und die eingegangenen Stellungnahmen sind nachfolgenden Tabellen zu entnehmen.

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
Ärztekammer Nordrhein Frau Hirthammer-Schmidt-Bleibtreu, Dr. Ulrich Langenberg, Düsseldorf	Dr. Rudolf Lange	16/1891	15

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL), Dortmund	Dr. Michael Anders-Hoepgen		14
Dr. Thomas Fischbach, FA für Pädiatrie, FA für Anaesthesiologie, Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte BVKJ e.V., Solingen	Dr. Martin Terhardt	16/1887	8
Tropen- und Reisemediziner Dr. Burkhard Rieke, Düsseldorf	Dr. Burkhard Rieke		17, 31
Dr. Alfred Längler Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke	Nicola Fels		21, 29
Dr. Jan Leidel, Köln	Dr. Jan Leidel	16/1843	23, 28
Sanofi Pasteur MSD GmbH Dr. Klaus Schlüter, Leimen	Dr. Klaus Schlüter		29
Dr. Ute Teichert, MPH Akademie für öffentliches Gesundheitswesen, Düsseldorf	Dr. Ute Teichert	16/1882	12, 26

Weitere Stellungnahme	
Dr. Fabian Feil Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Hannover	16/1873
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW	16/1916

**2 Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und die Angelegenheiten der Berufsbildung im Rahmen der Handwerksordnung (HwO) sowie die Zuständigkeiten nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG)**

34

Vorlage 16/1977  
Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt den Entwurf der Verordnung zur Kenntnis und erhebt keine Einwendungen.

**3 Bericht über den Beratungs- und Abstimmungsstand der Länder zum Thema Hilfsfonds für Opfer von Unrecht und Misshandlungen in der Heimerziehung 35**

Vorlage 16/1964  
Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss erwartet nach der Sommerpause einen umfangreichen Bericht der Landesregierung unter Beteiligung aller betroffenen Ressorts.

**4 Aktueller Verfahrensstand zum Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen (GEPA NRW) sowie zur Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen und nach § 92 SGB XI (AGP DVO NRW) 39**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/3388  
Vorlage 16/1795  
Bericht der Landesregierung

– Diskussion –

**5 Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes 42**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/2723  
APr 16/281

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu § 4 Abs. 1, den einzufügenden § 4a, § 19 Abs. 1 sowie § 19 Abs. 3 wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Piratenfraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU zu § 9 wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Piratenfraktion abgelehnt.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu § 1, an dessen Absatz 6 ein weiterer Satz angehängt werden soll, wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Der Änderungsantrag zu § 16 wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der Piratenfraktion abgelehnt.

Der Änderungsantrag zu § 1, in dem ein Absatz 5 eingefügt werden soll, wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

Der Änderungsantrag zu § 15 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Der Gesetzentwurf in der geänderten Fassung wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion und der Piratenfraktion angenommen.

**6 Gesetz über die Zulassung von Zentren und über die Einrichtung der Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik in Nordrhein-Westfalen (Präimplantationsdiagnostikgesetz Nordrhein-Westfalen – PIDG NRW)**

44

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/5546

– abschließende Beratung und Abstimmung

Dem Gesetzentwurf Drucksache 16/5546 wird – ohne Änderungsanträge – mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Piratenfraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion zugestimmt.

**7 Bericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Obdachlosigkeit verhindern – Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen“ 45**

Vorlage 16/2011

– Bericht der Landesregierung

**8 Verschiedenes 47**

a) NRW-Tag in Bielefeld

b) nach der Sommerpause

Die nächste reguläre Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales findet am 27. August 2014 mit einem Anhörungsmarathon statt. Es kann durchaus möglich sein, dass in der zweiten Hälfte der Sommerpause notwendig wird, eine Sondersitzung einzuberufen. Das geschieht aber nur mit Genehmigung durch die Präsidentin, und dann nach Fraktionsstärke.

\* \* \*



**6 Gesetz über die Zulassung von Zentren und über die Einrichtung der Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik in Nordrhein-Westfalen (Präimplantationsdiagnostikgesetz Nordrhein-Westfalen – PIDG NRW)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/5546

– abschließende Beratung und Abstimmung

**Vorsitzender Günter Garbrecht** erinnert daran, dass dieser Gesetzentwurf in der letzten Ausschusssitzung unter Hinzuziehung zweier Sachverständiger beraten worden sei. Man habe sich darauf verständigt, dass es einvernehmliche Änderungen geben solle. Diese Änderungen seien nunmehr vorgelegt und an die Fraktionen verschickt worden.

Heute gelange man nicht zur Abstimmung, da die Änderungen erst den Fraktionen insgesamt vorgelegt werden müssten. Der Gesetzentwurf sei im Plenum angemeldet. Insofern gehe er davon aus, dass die Verabredungen, die im Ausschuss gelaufen seien, auch in den Ausschussberatungen der Fraktionen entsprechend umgesetzt würden.

**Norbert Post (CDU)** möchte bei allem Verständnis für die Änderungen darauf hinweisen, dass Grundlage eine Verordnung des Bundes sei und dass es unterschiedliche Einstellungen zu dieser Verordnung gebe. Deshalb könne man dem Ganzen nicht in allen Punkten zustimmen. Das habe jedoch nichts mit dem Anwendungsgesetz für das Land zu tun.

**Vorsitzender Günter Garbrecht** teilt mit, er habe im Ältestenrat ein mögliches Signal gegeben, dass man – ähnlich wie beim Sprengstoffgesetz – überlegen könne, ob die Redezeiten, die auf der Plenartagesordnung ausgewiesen seien, überhaupt in Anspruch genommen werden müssten. Die letzte Beratung habe er so verstanden, dass darauf möglicherweise auch verzichtet werden könne; bestimmte Positionen könne man auch zu Protokoll geben. Aufgrund der vollen Tagesordnung könnten sich die Bedürfnisse an die Redezeit anpassen.

Die Änderungsanträge würden im Plenum gestellt. Nun werde formell über den vorgelegten Gesetzentwurf der Landesregierung bestimmt, und zwar ohne Änderungsanträge; diese würden plenar nach Beschlussfassung eingebracht.

Dem Gesetzentwurf Drucksache 16/5546 wird – ohne Änderungsanträge – mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Piratenfraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion zugestimmt.

